



Comune di Bolzano
Stadtgemeinde Bozen

5. Ripartizione Pianificazione e Sviluppo del Territorio
5. Abteilung für Raumplanung und -entwicklung

5.1 Ufficio Gestione del Territorio
5.1 Amt für die Verwaltung des Gemeindegebietes

5.1.3 Servizio Edilizia
5.1.3 Dienststelle für Bauwesen

Stempelmarke zu
16,00 €

in elektronischer Form
zu entrichten

Zahlungsbestätigung mittels
Eigenerklärung

Befreite
ausgenommen

Stadtgemeinde Bozen
Amt für die Verwaltung
des Gemeindegebietes
Dienststelle für Bauwesen
Gumergasse 7
39100 Bozen
5.1.0@pec.bolzano.bozen.it

ANTRAG AUF AUSSTELLUNG EINER BAUKONZESSION

Der/Die Antragsteller/-in

(bei mehreren Antragstellern Formular „Weitere Personen“ ausfüllen und beilegen)

Name																
Vorname																
geboren in											am					
Steuernummer																
Adresse											Nr.					
PLZ						Gemeinde und Provinz										
Festnetztelefon						Mobiltelefon										
PEC																
E-Mail																
Position																

Gesellschaft / Körperschaft / Eigentümergemeinschaft

Bezeichnung																
Adresse											Nr.					
PLZ						Gemeinde und Provinz										
Steuernummer																
MwSt.-Nr.																

BEANTRAGT

nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen

DIE AUSSTELLUNG DER FOLGENDEN BAUKONZESSION:

- ☐ Erstaussstellung
- ☐ nachträgliche Erstaussstellung
- ☐ Änderung der Baukonzession Nr. vom
- ☐ Erneuerung der Baukonzession Nr. vom

Beschreibung des Bauvorhabens:

Kataster- und Liegenschaftsdaten

K.G.	<input type="text"/>	K.G.	<input type="text"/>
B.p.	<input type="text"/>	G.p.	<input type="text"/>
B.p.	<input type="text"/>	G.p.	<input type="text"/>
m.A.	<input type="text"/>	B.E.	<input type="text"/>

Adresse	<input type="text"/>	Nr.	<input type="text"/>	Wohnung	<input type="text"/>
				Nr.	<input type="text"/>

Projektplaner/-in

Name

Vorname

Steuernummer

Büroadresse Nr.

PLZ Gemeinde und Provinz

Berufsverzeichnis Provinz Nr.

Festnetztelefon Mobiltelefon

PEC

E-Mail

DIE UNTERZEICHNENDEN ERKLÄREN FOLGENDES:

FLÄCHENWIDMUNG

Die Fläche befindet sich gemäß BLP in folgender Zone bzw. folgenden Zonen

ZWECKBESTIMMUNG

Derzeit besteht für die Liegenschaft, die Gegenstand des Bauvorhabens ist, folgende Zweckbestimmung:

Hauptzweckbestimmung

BAUBERECHTIGUNGEN UND BEWILLIGUNGEN

Zuletzt ausgestellte Bauberechtigungen, die die Bestandssituation der Liegenschaft, die Gegenstand des Bauvorhabens ist, widerspiegeln:

	Nr.		vom	
	Nr.		vom	

Zuletzt ausgestellte Erlaubnis / Bewilligung:

	Nr.		vom	
--	-----	--	-----	--

ÄNDERUNG DER ZWECKBESTIMMUNG

Bisherige Zweckbestimmung

Künftige Zweckbestimmung

- ☐ Die für Wohnzwecke bestimmte Kubatur macht nach Änderung der Zweckbestimmung mindestens 60% der Gesamtkubatur aus (siehe Berechnungen in der Anlage).

ALLGEMEINE BAULICHE DATEN (Art. 1, Buchstabe b) und e) des geltenden BLP)

- ☐ Durch das Bauvorhaben bleiben die überbaute Fläche und die Baukubatur **unverändert**.
- ☐ Durch das Bauvorhaben **verändert sich** die überbaute Fläche.
Die entsprechenden technischen und grafischen Unterlagen liegen diesem Antrag als Anlage bei.
- ☐ Durch das Bauvorhaben **verändert sich** die Baukubatur.
Die entsprechenden technischen und grafischen Unterlagen liegen diesem Antrag als Anlage bei.

BRANDSCHUTZ (D.P.R. vom 01.08.2011, Nr. 151 – M.D. vom 25.01.2019)

- ☐ Im Zusammenhang mit diesem Bauantrag werden **keine Tätigkeiten** durchgeführt bzw. sind keine Tätigkeiten geplant, die nach Maßgabe des D.P.R. vom 01.08.2011, Nr. 151 der Brandschutzkontrolle unterworfen sind.
- ☐ Im Zusammenhang mit diesem Bauantrag **sind Tätigkeiten** geplant, die nach Maßgabe des D.P.R. vom 01.08.2011, Nr. 151 der Brandschutzkontrolle unterliegen.
Die Machbarkeitsstudie wird beigelegt.

HEIZUNGSANLAGE (LG vom 16.06.1992, Nr. 18)

- ☐ Die Wärmeleistung der einzubauenden Heizungsanlage beträgt **weniger als 35 kW**.
Das Verfahren laut LG vom 16.06.1992, Nr. 18 ist daher nicht erforderlich.
- ☐ Die Wärmeleistung der einzubauenden Heizungsanlage beträgt **mehr als 35 kW**.
Die Machbarkeitsstudie liegt diesem Antrag als Anlage bei und wurde ausgestellt von:

	am	
--	----	--

- ☐ Die Wärmeleistung der einzubauenden Heizungsanlage beträgt **mehr als 116 kW**.
Die Machbarkeitsstudie liegt diesem Antrag als Anlage bei und wurde ausgestellt von:

	am	
--	----	--

- ☐ Der Einbau einer Heizungsanlage **ist nicht vorgesehen**.

ANLAGENSICHERHEIT (M.D. vom 22.01.2008, Nr. 37 Dekret des LH vom 19.05.2009, Nr 27)

- ☐ Die Elektro- und Wasserleitungen **werden nach den Vorschriften** des D.LH. vom 19.05.2009, Nr. 27 **installiert**.
- ☐ Die Elektro- und Wasserleitungen werden **nicht verändert und entsprechen** den geltenden Bestimmungen (D.LH. vom 19.05.2009, Nr. 27).
Der entsprechende Bericht liegt diesem Antrag als Anlage bei.

KLIMAHHAUS (Art. 127 LG vom 11.08.1997, Nr. 13 - Beschluss der LR vom 04.03.2013, Nr. 362 - Beschluss der LR vom 05.08.2014, Nr. 964)

- ☐ **Neubau bzw. Abbruch und Wiederaufbau von mehr als 50% der bestehenden Baukubatur:**
Das Bauvorhaben **erfüllt** die in den gesetzlichen Bestimmungen zur Energieeinsparung genannten Mindestanforderungen. Die Energieeffizienz entspricht der Klasse „**KlimaHaus A**“.
Die entsprechende Erklärung liegt diesem Antrag als Anlage bei.
- ☐ **Größere Renovierung** (Erneuerung von mehr als 25 % der Gebäudehülle):
Das Bauvorhaben **erfüllt** die in den gesetzlichen Bestimmungen zur Energieeinsparung genannten Mindestanforderungen. Die Energieeffizienz entspricht der Klasse „**KlimaHaus C**“.
Die entsprechende Erklärung liegt diesem Antrag als Anlage bei.
- ☐ **Renovierung von historischem Baubestand:**
Das Bauvorhaben **erfüllt** die in den gesetzlichen Bestimmungen zur Energieeinsparung genannten Mindestanforderungen. Die Energieeffizienz entspricht der Klasse „**KlimaHaus R**“.
Die entsprechende Erklärung liegt diesem Antrag als Anlage bei.
- ☐ Das Bauvorhaben **unterliegt nicht** den gesetzlichen Bestimmungen zur Energieeffizienz.
Begründung:

ANHANG E – ANHANG ZUR GEMEINDEBAUORDNUNG: ENERGIEEFFIZIENZ DER GEBÄUDE (Art. 19/bis der Gemeindebauordnung)

- ☐ Die Mindestanforderungen an die Energieeffizienz werden **erfüllt**. Die entsprechende Konformitätserklärung (Anlage A) liegt diesem Antrag als Anlage bei.
- ☐ Es müssen mit Blick auf die Energieeffizienz **keine Mindestanforderungen** eingehalten werden.
Begründung:

FLÄCHENVERSIEGELUNG - BESCHRÄNKUNGSINDEX B.V.F. (Art. 19 der Gemeindebauordnung)

- ☐ Infolge des Bauvorhabens wird der Beschränkungsindex für die betreffende Zone **eingehalten**.
B.V.F.-Berechnung und Vorabbescheinigung der Dienststelle Stadtgärtnerei liegen als Anlage bei.
- ☐ Für dieses Bauvorhaben ist die Einhaltung des Beschränkungsindex **nicht erforderlich**.
Begründung:

ARCHITEKTONISCHE HINDERNISSE (Dekret des LH vom 09.11.2009, Nr. 54)

- ☐ Die Bestimmungen über den Abbau architektonischer Hindernisse werden **eingehalten**.
Die entsprechende Erklärung, das Formular (Anlage A, Beschluss LR 71/2020) und die Grundrisse liegen als Anlage bei.
- ☐ Das Bauvorhaben **unterliegt nicht** den Bestimmungen über den Abbau architektonischer Hindernisse. Begründung:

GEOLOGISCHES UND GEOTECHNISCHES GUTACHTEN (M.D. vom 11.03.1988 – N.T.C. 2008 M.D. vom 14.01.2008 – N.T.C. 2018 M.D. vom 17.01.2018)

- ☐ Für das Bauvorhaben ist ein geologisches und geotechnisches Gutachten **erforderlich**.
Das Gutachten liegt diesem Antrag als Anlage bei.

- ☐ Für das Bauvorhaben ist **kein** geologisches und geotechnisches Gutachten **erforderlich**.
Die entsprechende Ersatzerklärung des Projektplaners / der Projektplanerin, liegt als Anlage bei.

**PRÜFUNG DER HYDROGEOLOGISCHEN/HYDRAULISCHEN KOMPATIBILITÄT
(Dekret des LH vom 05.08.2008, Nr. 42)**

- ☐ Das Baugelände **befindet sich nicht** in einer hydrogeologisch gefährdeten Zone.

Das Baugelände **befindet sich** in der folgenden hydrogeologisch gefährdeten Zone.
(Treffen mehrere Gefahrenzonen zu, bitte die höhere Gefahrenstufe anführen):

- ☐ **Zone H4** – sehr hohe Gefahr

- ☐ **Zone H3** – hohe Gefahr

- ☐ **Zone H2** – mittlere Gefahr.

- ☐ Für das Bauvorhaben ist eine Prüfung der hydrogeologischen und/oder hydraulischen Kompatibilität **erforderlich**. Die Kompatibilitätsprüfung liegt diesem Antrag als Anlage bei.

- ☐ Für das Bauvorhaben **müssen** Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Der Bauherr / die Bauherrin hat alle notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, um die hydrogeologische und/oder hydraulische Gefahr für das Gebäude zu mindern. Außerdem hat er/sie für die Instandhaltung der angebrachten Schutzbauten (Sicherheitsmaßnahmen) zu sorgen, damit die obgenannte Gefahr dauerhaft über Jahre gemindert wird. Der Bauherr / die Bauherrin muss über die erfolgte Prüfung bzw. Instandhaltung Mitteilung erstatten. Hierfür kann er/sie eine Eigenerklärung erbringen. Die vom Bauherrn / von der Bauherrin zu veranlassende Prüfung, die auch in Form einer Sichtprüfung erfolgen kann, hat nach Installation der Schutzbauten im Abstand von zwei Jahren zu erfolgen. Alle vier Jahre hat eine detaillierte Prüfung bzw. Instandhaltung durch einen Fachbetrieb zu erfolgen. Der entsprechende Nachweis ist an das Amt für Geologie, Zivilschutz und Energie zu senden. Die Stadtverwaltung haftet nicht für etwaige Schäden, auch gegenüber Dritten, die durch die Unterlassung dieser Vorgaben entstehen.

**GEFAHRENZONENPLAN FLUGHAFEN BOZEN
(Gemeinderatsbeschluss vom 02.12.2010, Nr. 131)**

- ☐ Das Baugelände **befindet sich** laut Gefahrenzonenplan **nicht** in einem Schutzgebiet.

Das Baugelände **befindet sich** laut Gefahrenzonenplan in folgendem Schutzgebiet:

- ☐ Schutzgebiet **A**

- ☐ Schutzgebiet **B**

- ☐ Schutzgebiet **C**

- ☐ Die Erklärung über die anthropogene Belastung liegt diesem Antrag als Anlage bei.

TRINKWASSERGEBIETE (LG vom 18.06.2002, Nr. 8)

- ☐ Das Baugelände **befindet sich nicht** in einer Schutzzone.

Das Baugelände **befindet sich** in folgender Schutzzone:

- ☐ Schutzzone II (B)

- ☐ Schutzzone III (C)

GEWÄSSERBANNSTREIFEN (Art. 5 des geltenden BLP)

- ☐ Das Baugelände **befindet sich** auf einem Gewässerbannstreifen.

- ☐ Das Baugelände **befindet sich nicht** auf einem Gewässerbannstreifen.

STRASSENSCHUTZSTREIFEN

(Art. 112 des LG vom 11.08.1997, Nr. 13 - Art. 40, 41, 42 und 43 des geltenden BLP)

- ☐ Das Baugelände **befindet sich** auf einem Straßenschutzstreifen.

- ☐ Das Baugelände **befindet sich nicht** auf einem Straßenschutzstreifen.

LANDSCHAFTSSCHUTZ (LG vom 25.07.1970, n. 16)

- ☐ Das Baugelände **befindet sich** in einem Landschaftsschutzgebiet.
- ☐ Das Baugelände **befindet sich nicht** in einem Landschaftsschutzgebiet.

FORSTLICH-HYDROGEOLOGISCHE NUTZUNGSBESCHRÄNKUNG (LG vom 21.10.1996, Nr. 21)

- ☐ Das Baugelände **befindet sich** in einer Zone mit forstlich-hydrogeologischer Nutzungsbeschränkung.
- ☐ Das Baugelände **befindet sich nicht** in einer Zone mit forstlich-hydrogeologischer Nutzungsbeschränkung.

DENKMALSCHUTZ (LG vom 12.06.1975, Nr. 26)

- ☐ Das von der baulichen Maßnahme betroffene Gebäude **unterliegt** dem Denkmalschutz.
- ☐ Das Gutachten des Amtes für Bau- und Kunstdenkmäler liegt diesem Antrag als Anlage bei.
- ☐ Das von der baulichen Maßnahme betroffene Gebäude **unterliegt nicht** dem Denkmalschutz.

ENSEMBLESCHUTZ (Gemeinderatsbeschluss Nr. 33/21802 vom 21.03.2006)

- ☐ Das Bauvorhaben **unterliegt** dem Ensembleschutz. Kartei Nr.
- ☐ Das Bauvorhaben **unterliegt nicht** dem Ensembleschutz.

DURCHFÜHRUNGS-, WIEDERGEWINNUNGS- UND GRUNDSTÜCKSTEILUNGSPLAN

- ☐ Das Baugelände **befindet sich** in einer Zone mit **Durchführungsplan** Nr.
- ☐ Das Baugelände **befindet sich** in einer Zone mit **Wiedergewinnungsplan** Nr.
- ☐ Das Baugelände **befindet sich** in einer Zone mit **Grundstücksteilungsplan** Nr.

FUNKBASISSTATIONEN

Wenn mit dem Bauvorhabens sensible Einrichtungen errichtet werden (Krankenhäuser, Kindertagesstätten, Kindergärten, öffentliche, gleichgestellte oder konventionierte Schulen unabhängig von Schulstufe, Schulform und Schultyp, Seniorenheime, Pflegeheime und ähnliche bzw. konventionierte Einrichtungen, Gefängnisse), muss vorab überprüft werden, ob sich in der Nähe eine Funkbasisstation befindet.

- ☐ Das Baugelände **befindet sich** im Umkreis von 75 Metern von einem Sendemasten.
- ☐ Das Baugelände **befindet sich nicht** im Umkreis von 75 Metern von einem Sendemasten.

DIGITALE ZUSTELLUNGSADRESSE

Für Mitteilungen in Bezug auf dieses Verwaltungsverfahren wird ausschließlich die angeführte zertifizierte E-Mail-Adresse (PEC) genutzt, die während der gesamten Dauer des Verwaltungsverfahrens zugänglich bleibt. Änderungen werden rechtzeitig mitgeteilt.

PEC

ICH MÖCHTE SÄMTLICHE MITTEILUNGEN IN FOLGENDER SPRACHE ERHALTEN:

- ☐ **Deutsch** ☐ **Italienisch**

STEMPELSTEUER (D.P.R. vom 26.10.1972, Nr. 642 - Tabelle B)

Der/Die Antragsteller/-in ist von der Stempelsteuer befreit. Rechtsgrundlage:

- ☐ Punkt 16 (Verwaltungsbehörden des Staates, der Regionen, Provinzen und Gemeinden, von zusammen-
geschlossenen oder verbundenen Gemeinden oder von Bezirksgemeinschaften)
- ☐ Punkt 27 bis (Onlus)
- ☐ Eingetragen im Landesverzeichnis der ehrenamtlich tätigen Organisationen
- ☐ Sonstiges

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Bei der Einreichung der **Baubeginnerklärung** überprüft die Gemeindeverwaltung die Beitragslage aller Unternehmen, die auf der Baustelle tätig sind, und holt die Sammelbescheinigung der ordnungsgemäßen Beitragslage (DURC) ein.

Unternehmen, die nicht der Bauarbeiterkasse angehören, müssen eine Bestätigung über die ordnungsgemäße Einzahlung der NIFS- und INAIL-Beiträge vorlegen.

Für Arbeiten, die in Regie oder selbständig von privaten Personen durchgeführt werden, muss eine entsprechende Eigenerklärung vorgelegt werden.

Wird bei Kontrollen festgestellt, dass falsche Angaben gemacht wurden, verliert der/die Antragstellende sämtliche Ansprüche, die ihm/ihr durch die aufgrund falscher Angaben erteilte Baukonzession entstanden sind.

Die Geltungsdauer der in diesem Formular enthaltenen Eigenerklärungen entsprechen der Geltungsdauer der Dokumente, die sie ersetzen.

Alle Angaben, die in den beiliegenden Unterlagen gemacht wurden, unterliegen den Bestimmungen des D.P.R. vom 28.12.2000, Nr. 445. Falschangaben werden gemäß Art. 76 des D.P.R. vom 28.12.2000, Nr. 445 nach dem Strafgesetzbuch und den einschlägigen Sondergesetzen geahndet.

Dieser Antrag kann über den **Online-Dienst - Abgabe von Bauanträgen** gesandt und digital unterschrieben werden.

Die Unterschrift muss nicht beglaubigt werden (D.P.R. vom 28.12.2000, Nr. 445 i.g.F.).

Wird der Antrag nicht vom/von der Antragstellenden selbst digital unterschrieben, ist dem Antrag die Sondervollmacht des/der Antragstellenden beizulegen.

Für die Ausstellung der Baukonzession ist eine zusätzliche Stempelgebühr in Höhe von 16,00 € zu entrichten. Hierfür ist eine Eigenerklärung über die Bezahlung der Stempelsteuer abzugeben und der Stadtverwaltung per PEC-Mail zuzuschicken.

Die Unterzeichnenden bestätigen unter ihrer eigenen Verantwortung die Richtigkeit und den Wahrheitsgehalt der in diesem Formular und im Bauprojekt gemachten Angaben und befreien die Stadt von jeglicher Haftung gegenüber Dritten.

Die Unterzeichnenden erklären, dass sie die Datenschutzinformation nach Artt. 13 und 14 der Verordnung Nr. 2016/679 vom 27.04.2016 zur Kenntnis genommen haben, u.zw. auf Papierunterlage beim Amt oder auf der Website der Stadtgemeinde Bozen unter **Transparente Verwaltung**.

Ort und Datum

Unterschrift
des/der Antragstellenden
oder des/der Bevollmächtigten

Unterschrift
des Projektplaners / der Projektplanerin

Anlagen

- ☐ 01 Technischer Bericht
- ☐ 02 Graphische Unterlagen Bestand
- ☐ 03 Graphische Unterlagen Eingriffe (gelb / rot)
- ☐ 04 Graphische Unterlagen Endstand
- ☐ 05 Fotodokumentation
- ☐ 06 Berechnungen
 - ☐ Technische und grafische Berechnung zur Änderung der überbauten Fläche und Baukubatur
 - ☐ Berechnung zur Einhaltung der Konventionierungspflichten
 - ☐ Erklärung über die anthropogene Belastung und dazugehörige Berechnung
 - ☐ B.V.F.-Berechnung und Vorabbescheinigung der Dienststelle Stadtgärtnerei
- ☐ 07 Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden
 - ☐ KlimaHaus-Eigenerklärung
 - ☐ Konformitätserklärung zur Energieeffizienz (Anlage A)
- ☐ 08 Architektonische Hindernisse
 - ☐ Erklärung, Formular und Grundrisse über den Abbau architektonischer Hindernisse
 - ☐ Antrag auf Abweichung von den Bestimmungen zur Barrierefreiheit mit graphischen Unterlagen
- ☐ 09 Besondere Unterlagen
 - ☐ Rechtstitel, der die Verfügbarkeit der Immobilie bescheinigt, oder Genehmigung zur Durchführung der Arbeiten seitens des Eigentümers, falls der/die Antragsteller/-in nicht auch der Eigentümer ist
 - ☐ Mitteilung an den Hausverwalter oder Protokoll der Mieteigentümerversammlung
 - ☐ Verzeichnis der Anrainer und deren genaue Anschrift
(in den vorgesehenen Fällen laut Art. 3, Absatz 5 der Gemeindebauordnung)
 - ☐ Erklärung über die Verfügbarkeit von Parkplätzen
 - ☐ Technischer Bericht zur Anlagensicherheit (Elektro- und Wasserleitungen)
 - ☐ Erklärung über die Durchführung von Arbeiten in Eigenregie
- ☐ 10 Geologische Unterlagen oder Ersatzerklärung und/oder Prüfung der hydrogeologischen und/oder hydraulischen Kompatibilität
- ☐ 11 Statistikformular – ISTAT – Neubauten und Erweiterungen an bestehenden Bauten
Statistikformular – ASTAT – Wiedergewinnungsarbeiten – Mit Baugenehmigung (gelbes Formular)
- ☐ 12 Sondervollmacht und Ausweisdokument des Antragstellers / der Antragstellerin
- ☐ 13 Bestätigung über die Entrichtung der Stempelgebühr (16,00 €) für den Antrag
(in elektronischer Form über Eigenerklärung über die Bezahlung der Stempelsteuer)
- ☐ 14 Machbarkeitsstudie oder Projekt für die Brandverhütung mit graphischen Unterlagen
- ☐ 15 Projekt Heizungsanlage mit graphischen Unterlagen
(nur im Falle von Tätigkeiten, die der Brandschutzkontrolle unterliegen)
- ☐ 17 Projekt zur Abwasserentsorgung mit graphischen Unterlagen und Gutachten des Abwasser- und Trinkwasserdienstes der SEAB

- ☐ 18 Projekt zu den Infrastrukturen mit graphischen Unterlagen und Gutachten des Amtes für Infrastruktur und Freiraumgestaltung
- ☐ 19 Bestätigung über die Entrichtung der Sekretariats- und Bearbeitungsgebühren

Gutachten der Ämter und Betriebe der Stadtverwaltung

- ☐ Gutachten des Abwasser- und Trinkwasserdienstes der SEAB
- ☐ Gutachten des Amtes für Infrastruktur und Freiraumgestaltung
- ☐ Gutachten des Mobilitätsamtes
- ☐ B.V.F. - Vorabbescheinigung der Dienststelle Stadtgärtnerei
- ☐ Vorab-Gutachten der Ensembleschutzkommission
- ☐ Gutachten des Vermögensamtes

Gutachten der Landesämter

- ☐ Gutachten des Dienstes für Hygiene und öffentliche Gesundheit
- ☐ Gutachten des Straßendienstes 12
- ☐ Gutachten des Amtes für Bau- und Kunstdenkmäler 13.1
- ☐ Gutachten des Amtes für öffentliches Wassergut *
- ☐ Gutachten des Amtes für Landschaftsschutz 28.5 *
- ☐ Gutachten des Amtes für Luft und Lärm 29.2 *
- ☐ Gutachten des Amtes für Gewässerschutz 29.4 *
- ☐ Gutachten des Amtes für Abfallwirtschaft 29.6 *
- ☐ Gutachten des Labores für Luftanalysen und Strahlenschutz 29.8 *
- ☐ Gutachten des Amtes für nachhaltige Gewässernutzung 29.11 *
- ☐ Gutachten des Amtes für Jagd und Fischerei 32.4 *
- ☐ Gutachten des Forstinspektorats Bozen I 32.6 *
- ☐ Gutachten des Amtes für Umweltprüfungen 29.1
Sammelgenehmigung (sofern mehr als 2 mit einem * versehene Gutachten notwendig sind)

Gutachten anderer Behörden

- ☐ Gutachten des Bahnbetreibers FS
- ☐ Gutachten der Flugaufsichtsbehörde ENAC
- ☐ Sonstiges